



KAIROS Europa Deutschland e.V.

RUNDBRIEF

für Mitglieder & FreundInnen

November 2008

Im Blickpunkt: Die „Unternehmerdenkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

während die globale Finanzkrise ein weiteres Mal das Scheitern des neoliberalen Paradigmas dokumentiert, kommt die EKD mit einer „Denkschrift“ auf den Markt, die m.E. zu Recht als Anpassung an genau dieses Paradigma gewertet wird. Die kritische Auseinandersetzung mit dieser Denkschrift steht denn auch im Blickpunkt dieses Rundbriefs.

Darüber hinaus werden Sie wie gewohnt über Initiativen und Aktivitäten unserer laufenden Arbeit informiert. Bitte beachten Sie auch den Spendenaufruf, den wir aus gegebenem Anlass an Sie richten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Martin Gück

INHALTSVERZEICHNIS

Im Blickpunkt: „EKD-Denkschrift“

▲ Aufruf zur Denkschrift	2
▲ Memorandum zur Denkschrift	3
▲ Bericht von der EKD-Synode	5
Aus der laufenden Arbeit	
▲ Aufruf zum ÖKT	7
▲ 25 Jahre Konziliarer Prozess	12
Ein klares Ja und ein klares Nein	14
Spendenaufruf	16
Impressum	16



**Aufruf an Christinnen und Christen,
Gemeinden und Kirchen, der
Unternehmerdenkschrift der
Evangelischen Kirche in Deutschland
biblisch-theologisch und wirtschafts-
wissenschaftlich zu widersprechen**

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat im Juli 2008 die Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ veröffentlicht. Die Unterzeichneten sind trotz im einzelnen unterschiedlicher Herangehensweisen nach sorgfältiger Prüfung - dokumentiert in dem Buch „Frieden mit dem Kapital?“ - zu der Überzeugung gekommen, dass die EKD - nach vorbereitenden Schritten in früheren Äußerungen - mit dieser Denkschrift aus biblisch-theologischer, wirtschaftswissenschaftlicher und weltweit ökumenischer Perspektive offensichtlich einen Irrweg betreten hat:

1. Sie beschönigt die sozio-ökonomische Realität in grotesker Weise und trennt sich damit von der Mehrheit der Erdbevölkerung und auch von den Verlierern und vor allem Verliererinnen in Deutschland, die zunehmend unter den ausschließenden, verarmenden und ökologisch zerstörerischen Folgen des herrschenden Systems leiden.
2. Indem sie diese Realität „Soziale Marktwirtschaft“ nennt, statt sie mit ihrem Namen, nämlich neoliberalen Kapitalismus, zu benennen, legitimiert sie diesen - in einer Zeit, in der sich die Mehrheit der Menschen und zunehmend auch Staaten vom Neoliberalismus abwenden. Sie erweckt den Eindruck, als seien zu beobachtende negative Probleme nur auf individuelles Fehlverhalten einzelner Akteure zurückzuführen und stützt so das bestehende System.
3. Sie distanziert sich von ihren eigenen bisherigen sozialetischen Grundeinsichten, dass das unternehmerische Handeln durch eine widergelagerte Gesellschaftspolitik sozial- und ökologisch verträglich in die Gesellschaft eingebettet werden muss (vgl. das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997, Ziff. 143). Sie nimmt stattdessen im Einklang mit dem neoliberalen Mainstream hin, „die staatliche Regulierung auf das Notwendigste“ (44) zu begrenzen.
4. Die für diese Denkschrift und ihre Verbreitung Verantwortlichen gefährden die

Einheit der EKD mit der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen, die sich im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB) und im Lutherischen Weltbund (LWB) zusammengeschlossen haben. Denn diese haben sich in einem langen, biblisch begründeten Prozess klar auf die Seite der vom herrschenden System ausgeschlossenen und verarmten Weltbevölkerung und der in ihrer Lebensfähigkeit bedrohten Erde gestellt und haben dem neoliberalen Kapitalismus eine klare Absage erteilt.

Wir rufen alle Christinnen und Christen - besonders die Mitglieder von Synoden auf allen Ebenen - sowie die Gemeinden und Landeskirchen auf, die EKD-Verantwortlichen auf biblisch-theologischer Grundlage und mit klaren Argumenten herauszufordern, diese Denkschrift zu widerrufen, die Anpassung an die herrschenden Mächte in Wirtschaft und Politik aufzugeben, die eigenen sozial- und wirtschaftsethischen Traditionslinien ernst zu nehmen sowie unter Berücksichtigung der verheerenden Folgen der ökonomischen Globalisierung weiterzuentwickeln und in die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen zurückzukehren.

Heidelberg, Reformationstag 31. Oktober 2008

Erstunterzeichnende

Frank Crüsemann, Prof. Dr. theol.
Siegfried Katterle, Prof. em. Dr. rer. pol.
Ulrich Duchrow, Prof. Dr. theol.
Arne Manzeschke, PD Dr. theol.
Heino Falcke, D. Dr. theol.
Silke Niemeyer, Pfarrerin
Christian Felber, Mag. phil.
Franz Segbers, Prof. Dr. theol.
Kuno Füssel, Dr. theol.
Ton Veerkamp, Lic. theol.
Detlef Hensche, Dr. iur.
Karl Georg Zinn, Prof. Dr. rer. pol.

**Wir bitten, diesen Aufruf durch
Unterschrift zu unterstützen, bitte an
E-Mail: [Unterschrift.Memorandum@
wts.uni-heidelberg.de](mailto:Unterschrift.Memorandum@wts.uni-heidelberg.de) oder
Dr. Franz Segbers, Nonnbornstraße 14a,
65779 Kelkheim.**

Wir werden die Unterschriften Pfingsten 2009 an den Rat der EKD weiterleiten.



MEMORANDUM

Zur Erläuterung des obenstehenden Aufrufs wurde zudem ein „Memorandum“ erstellt. Aus diesem werden im Folgenden Auszüge vorgestellt:

1. Die Situation und ihre Deutung

Seit den 1980er Jahren wurden die von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Zählungen des liberalen Kapitalismus Schritt für Schritt abgebaut. Hintergrund war die globale Deregulierung und Liberalisierung des Kapitals. Das gesamte Leben auf dieser Erde wird dem Ziel der Maximierung der Kapitalakkumulation unterworfen.

Entsprechend lehnt die große Mehrheit der Menschen und zunehmend auch Regierungen wie in Lateinamerika diese Entwicklung zum Neoliberalismus ab. Weltweit stehen soziale Bewegungen auf, um gegen den Neoliberalismus Widerstand zu leisten und nach Alternativen zu suchen. Das Gleiche gilt für die ökumenische Bewegung. Alle Vollversammlungen der genannten Kirchengemeinschaften haben klare Beschlüsse in dieser Richtung gefasst - unter Mitwirkung von Delegierten auch aus der EKD.

Das herrschende System als Soziale Marktwirtschaft zu bezeichnen, ist eine Irreführung. Der programmatische Interventionismus von deren Vater, Müller-Armack, wird unzulässig verkürzt, wenn „sozialer Ausgleich“ lediglich als Umverteilung der Ergebnisse unbeeinflusster Marktprozesse verstanden wird. Seine Idee war ja, „soziale Gerechtigkeit ... zum integrierenden Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung“ zu machen. Die Denkschrift betreibt die Konversion von der „klassischen“ Sozialen Marktwirtschaft zu einer in neoliberalen Geist von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanzierten und von der Bertelsmannstiftung propagierten „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“.

Mit dieser Wende verabschieden sich die Verantwortlichen der EKD von der Tradition gerade des deutschen Sozialen Protestantismus. Entscheidend für die sozialetische Tradition des deutschen Sozialen Protestantismus ist, nicht

von der Summe der einzelnen „ehrbaren Kaufleute“ einen verbesserten Kapitalismus zu erwarten, sondern gerade von einem handlungsfähigen und handlungswilligen Staat, der die Handlungsfreiheit der Unternehmer begrenzt. Dass ein einzelner Unternehmer seine Kosten minimieren will und muss, liegt in der Logik des Systems und ist ihm auch im Blick auf seine Person nicht vorzuwerfen. Damit diese Logik aber nicht zerstörerisch wirkt, muss sie durch Recht begrenzt werden. Den Vorrang hat die Verantwortung der Politik für eine „bewusst soziale Steuerung des Marktes“ (Sozialwort der Kirchen), erst nachgeordnet und nachrangig ist der moralbewusste „ehrbare Kaufmann“ in seiner Verantwortung gefordert. Wer wie die Denkschrift nur auf „ethisches Bewusstsein, klare Orientierung und Gebote sowie auf spirituelle Beheimatung“ der Unternehmer setzt, um menschenunwürdigen Entwicklungen vorzubeugen, verzichtet auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen und lässt zu, dass sich die Krisen verschärfen. Die Denkschrift gerät prompt in die neoliberale Falle.

Ist es nicht eine Ironie der Geschichte, dass die Denkschrift gerade in dem Moment erscheint, in welchem das Kartenhaus des Casino-Kapitalismus zusammenbrechen würde, wenn die Staaten nicht eingriffen? Dabei hätte in der Evangelischen Sozialethik und der Katholischen Soziallehre das bewährte Kriterium bereit gelegen: Arbeit vor Kapital. Ökonomische Prozesse vom arbeitenden Menschen her zu erschließen, wäre ein Ansatz gewesen, der die biblisch grundgelegte Option für die Armen wirtschaftsethisch sachgerecht auslegen kann. Die abhängige Arbeit und ihre reale Lage ist aus der Perspektive der Option für die Armen, welche die Denkschrift angeblich als Kriterium wählt, der kritische und ethische Maßstab zur normativen Beurteilung ökonomischer Systeme.

Die Summe einzelwirtschaftlichen Verhaltens ergibt einen makroökonomischen Prozess, der von den Einzelwirtschaften nicht intendiert wird. Dieser mikroökonomische Fehlschluss ist wieder in Mode gekommen, wo betriebswirtschaftlich „richtiges“ Denken und Handeln auf die Makroebene übertragen und dort falsch wird.



2. Bibel und Theologie - ein ideologischer Steinbruch?

Die ganze Heilige Schrift ist für eine Kirche, die sich evangelisch nennt, der theologische Maßstab ihres Redens und Handelns. So wird deutlich, dass nach dem biblischen Zeugnis soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit im jeweiligen Kontext nicht etwas Zusätzliches zum Gottesglauben sind, sondern gerade darin zum Ausdruck kommt, ob wir es mit dem biblischen Gott oder einem Abgott zu tun haben. Klar und konkret reagieren die Propheten seit Amos auf sozio-ökonomische Fehlentwicklungen. Micha z.B. kritisiert, dass Reiche das Land an sich bringen, während die Häupter der Stadt gegen Bestechung Recht sprechen, die Priester gegen Bezahlung Weisung geben und die Propheten für Geld wahrsagen. Ebenso klar und konkret sprechen die Rechtsreformen. Vor allem ist auf das 5. Buch Mose zu verweisen. Hier findet sich eine große, zusammenhängende und aufeinander abgestimmte Gruppe von Wirtschafts- resp. Sozialgesetzen, die so etwas wie das erste soziale Netz entfalten. Und Jesus stellt uns vor die Frage: Gott oder Mammon, biblischer Gott der Gerechtigkeit oder der Götze der Akkumulation von Reichtum („Schätze sammeln“). Nichts von alledem ist in der EKD-Denkschrift zu finden.

Wie weit die real existierende Marktwirtschaft von den schönen Leitbildern abweicht, belegt der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesregierung und ist in jeder Lebensmittelausgabestelle von Diakonie oder Caritas zu besichtigen. Wie im Lehrbuch schreibt die Denkschrift gegen diese Realität an: „In einem Ordnungsrahmen, der sowohl scharfen Wettbewerb wie auch sozialen Ausgleich sichert, kann dieses Streben nach persönlichem Wohlergehen zugleich zum Wohlstand aller führen.“ Das Vertrauen auf die „unsichtbare Hand“, die angeblich Harmonie zwischen dem Streben nach persönlichem Vorteil und dem Gemeinwohl herstellt, ist der ideologische Kern der Religion des Marktes.

3. Folgerungen für die EKD

Indem die Denkschrift die von der Ökumene gestellten fundamentalen Systemfragen und die biblisch-theologischen Kriterien der Beurteilung und des Handelns bewusst ausblendet sowie stattdessen ein völlig irreales Bild des „ehrbaren Kaufmanns“ und ein verkürztes und interessen-geleitetes Verständnis einer angeblich noch leitenden „Sozialen Marktwirtschaft“ zeichnet, legitimiert sie faktisch den in die Krise geratenen herrschenden Neoliberalismus.

Nach allem, was der Evangelischen Kirche in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts widerfahren ist, sehen wir uns heute dringend herausgefordert, zur Tradition der Theologie der Bekennenden Kirche zurück-zukehren und eine neue Bekenntnisbewegung in Gang zu setzen. Genau dies hat die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen im Rahmen des ÖRK, des RWB und des LWB seit über zehn Jahren getan - wenn auch zögerlich oder gar nicht aufgenommen in den deutschen Kirchen und notorisch verdrängt in den Äußerungen der EKD. Dieser Bekenntnisprozess hat seinen Ausdruck gefunden in einer Serie von bedeutenden kontinentalen Konsultationen, die in den Vollversammlungen der genannten Organisationen und deren Beschlüssen ihren Höhepunkt fanden. Die 24. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes 2004 in Accra formuliert den Kernsatz: „Darum sagen wir Nein zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird.“



Die EKD-Synode und der „Frieden mit dem Kapital“

Eindrücke von der Synodaltagung in Bremen am 2. und 3. November 2008

Von Ulrich Duchrow

Vorgeschichte

Im Juli 2008 veröffentlichte der Rat der EKD die Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“. Einige TheologInnen und Wirtschaftswissenschaftler waren darüber so betroffen, dass sie zusammen mit Publik-Forum ein Buch veröffentlichten unter dem Titel „Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der Evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft - Beiträge zur Kritik der Unternehmerdenkschrift der EKD“. Zugleich verfassten sie einen Aufruf, der Denkschrift mit Unterschriften zu widersprechen. Nach 14 Tagen sind knapp 400 Unterschriften eingegangen, darunter u.a. von Präpsten, Oberkirchenräten und vielen PfarrerInnen. Der Tenor: Na endlich sagt jemand etwas, längst überfällig, höchste Zeit. Erstaunlich war das Echo in Rundfunk und Presse. Um die Synode herum fanden zwischen 15 und 20 Interviews mit AutorInnen statt.

Die Synode

Buch und Aufruf wurden vor der Synodaltagung an alle Synodale versandt; zudem wurde angekündigt, dass von den AutorInnen Pfarrerin Silke Niemeyer und Prof. Ulrich Duchrow vom 1.-3. November auf der Synode anwesend und für Gespräche bereit sein würden. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass der erste Tag, der 2.11., ganz im Zeichen der Streitfrage um die „Unternehmerdenkschrift“ stand. Wir wurden um 14 Uhr für ein einstündiges Gespräch in die „Gruppe Offene Kirche“ (ca. 50 von 120 Synodalen) eingeladen. Als Verteidiger der Denkschrift wurde der Mitverfasser Prof. Heinrich Bedford-Strohm ebenfalls gehört. Er hatte zwar das Buch noch nicht ganz gelesen, behauptete aber pauschal, wir hätten die Denkschrift missverstanden und verzerrt dargestellt. Außerdem habe die EKD ja vorher das Thema Armut in der Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ behandelt. Die anwesenden Synodalen stimmten aber außer einem, dem

ehemaligen Zeit-Chefredakteur Robert Leicht, mehr oder weniger unserer Kritik zu. Vor allem kritisierten sie auch den Stil der Denkschrift „von oben“, statt sie, wie beim Wirtschafts- und Sozialwort von 1997, mit einem partizipatorischen Prozess von drei Jahren zu verbinden. Niemand hatte natürlich erwartet, dass die Gruppe Offene Kirche den Aufruf unterschreiben würde. Deshalb machten die VertreterInnen der AutorInnen folgenden Vorschlag: Warum fordert die Synode nicht die Landeskirchen und Gemeinden auf, beide Denkschriften in einem nachträglichen konziliaren Prozess 1. mit ihrer Realität und Einsicht zu vergleichen, und 2. dies im Licht der Bibel und der ökumenischen Beschlüsse zu tun. Die Gruppe Offene Kirche bat Präpstin i.R. Trösken, die gleichzeitig die Vorsitzende des Synodenausschusses „Kirche, Gesellschaft und Staat“ ist, in diesem für unser Thema zuständigen Ausschuss für eine solche Beschlussvorlage zu werben. Später berichtete sie, dass in diesem Ausschuss die Mehrheit die Unternehmerdenkschrift verteidigt hätte und deshalb ein solcher Antrag nicht durchzusetzen war.

Im darauf folgenden Plenum der Synode war der erste Tagesordnungspunkt der mündliche Bericht des Rates der EKD, vorgetragen durch den Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber. Dieser versuchte, die Kritik vorwegzunehmen durch eine Philippika gegen die Finanzmärkte und die Gier der Akteure. Dennoch folgte daraufhin eine mindestens zweistündige Debatte zum Thema der Denkschrift. Wieder überwog die Kritik im Sinne der Argumente des Buches bei weitem. Insbesondere die Jugenddelegierte Busch aus Sachsen trug eine klare, detaillierte und kritische Analyse der Denkschrift vor. Sogar ein Unternehmer stellte fest: „Ich habe mich überhaupt nicht durch die Denkschrift ermutigt gefühlt“.

Dann folgten die Antworten des Rates. Zunächst stellte der Neutestamentler Kähler fest, dass die Frage „Bibel und Wirtschaft“ noch nicht genug erforscht sei, um hermeneutisch sauber die gegenwärtige Wirtschaft beurteilen zu können. Offensichtlich hatte er die reichhaltige Literatur zum Thema nicht wahrgenommen. Sodann fand er, dass doch niemand die gescheiterten „sozialistischen Experimente“



wiederholen wolle. Bischof Huber verteidigte das verfassungsmäßige Recht des Rates, Denkschriften zu verfassen, warf den KritikerInnen vor, den Zusammenhang mit der Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ nicht berücksichtigt zu haben und vermahnte sie, das 8. Gebot zu achten. Weder er noch Bedford-Strohm fanden irgendeinen Punkt in der Kritik des Buches, über den man nachdenken sollte.

Die Synodenbeschlüsse

Diese Selbstgerechtigkeit kennzeichnet auch den Synodenbeschluss zur Finanzkrise (<http://www.ekd.de/synode2008/beschluesse/index.html>). Er fordert „verbindliche Regeln für die globalen Finanzmärkte“ und einen starken Staat und stellt fest: „Die Evangelische Kirche in Deutschland hat bereits im Sommer dieses Jahres auf diese Gefahren hingewiesen und eine stärkere, international abgestimmte Regulierung des Finanzmarktes gefordert (vgl. dazu Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ TZ 102)“. Schaut man in diesem Abschnitt nach, so steht dort kein Wort davon, sondern von den Regeln der WTO und der ILO. In der Denkschrift heißt es dagegen grundsätzlich: „Gerade weil die nationalen Regelungsmöglichkeiten und die internationalen Institutionen nur begrenzt die Rahmenbedingungen für die Globalisierung bestimmen können, ist die Verantwortung für die unternehmerische Gestaltung umso höher“ (Ziff. 101). Und bei der Behandlung der Finanzmärkte: „Der Wettbewerb auf den Finanzmärkten muss transparent und durch verbesserte Aufsicht und Selbstverpflichtung der Marktteilnehmer flankiert werden. Christliche Werte eines ehrbaren Kaufmanns spielen dabei eine große Rolle.“ Der Kernabschnitt zu den Hedgefonds beseitigt jeglichen Zweifel an der wahren Meinung der Denkschrift (im Unterschied zu dem Beschluss der Synode): „Eine direkte gesetzliche Regulierung von Hedgefonds scheitert nicht nur daran, dass sie international nicht durchsetzbar wäre und bei nationaler Begrenzung ein Abwandern auf unregulierte Finanzplätze hervorrufen würde. Angesichts der hohen Komplexität der von Hedgefonds eingesetzten und ständig weiterentwickelten Anlagestrategien könnte sie sogar den gegenteiligen Effekt erzielen. Zum einen würde dadurch die vorteilhafte Innovationskraft

dieser Finanzinvestoren eingeschränkt werden; zum anderen besteht die Gefahr, dass unter den Anlegern ein falsches Gefühl der Sicherheit geschaffen wird, so dass das eigene Risikomanagement vernachlässigt wird. Mehr verspricht dagegen eine indirekte Regulierung durch eine verbesserte Aufsicht der traditionellen Marktteilnehmer (Banken, Wertpapierfirmen und Versicherungen).... Die Initiative mehrerer großer europäischer Hedgefonds zur Entwicklung eines freiwilligen Verhaltenskodex geht in die richtige Richtung“ (Ziff. 81-82).

Der Protest der Kritiker und die seit dem Erscheinen der Denkschrift noch verschärfte Finanzkrise haben offenbar dazu geführt, dass die Denkschrift faktisch korrigiert wird. Aber um den Kritikern nicht recht geben zu müssen, wird im Widerspruch zu den klaren Texten der Denkschrift behauptet, dies habe doch alles dort schon gestanden. Aber diese seltsamen Verrenkungen an der Oberfläche der Frage lösen keineswegs bereits das eigentliche Problem. Die Finanzkrise ist nämlich nur die Spitze des Eisbergs. Darunter liegt die eigentliche Systemkrise: die der kapitalistischen Wachstumswirtschaft. Kapitalismus braucht Wachstum, um überproportionale Renditen erzielen zu können. Was aber, wenn dies die begrenzte Erde nicht zulässt?

Die Auseinandersetzung mit den EKD-Denkschriften muss auf biblischer und ökumenischer Grundlage weitergehen. Publik-Forum wird bis Pfingsten verschiedene Stimmen zu Wort kommen lassen. Nun sollten aber vor allem Gemeinden und Kreis-/Bezirkssynoden den Ball aufnehmen und in oben vorgeschlagenem Sinn aktiv werden. Es geht um das Leben unserer Kinder und der Erde - und um die Glaubwürdigkeit und die Einheit der Kirche.

Prof. Dr. Ulrich Duchrow ist 1. Vorsitzender von Kairos Europa.



BUCHEMPFEHLUNG

ULRICH DUCHROW, FRANZ SEGBERS (HG.)
**Frieden mit dem Kapital? Wider die
 Anpassung der evangelischen Kirche
 an die Macht der Wirtschaft**



Hat die Evangelische Kirche in Deutschland Frieden mit dem Kapital geschlossen? Die Medien waren nach dem Erscheinen der neuen Unternehmerdenkschrift der EKD über den wirtschaftspolitischen Kurswechsel erstaunt. Die seit der Reformationszeit andauernde »Thron-und-Altar-Ehe« der evangelischen Kirchen wird in eine neue »Wirtschaft-und-Altar-Ehe« umgeformt. Zwar spricht die Denkschrift von »sozialer Marktwirtschaft«, definiert sie aber neoliberal im Sinne der »Neuen Sozialen Marktwirtschaft« um.

Die Beiträge in diesem Band dokumentieren: die Denkschrift ist ein Ausdruck der Anpassung an die neoliberale Wirtschaftsauffassung gerade in dem Moment, wo deren Desaster immer offenkundiger wird. Die Denkschrift gefährdet die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der weltweiten Ökumene.

192 Seiten, Publik-Forum-Edition; 13,90 €,
 Bestell-Nr.: 2859
 (zu bestellen über Publik-Forum-Shop).

AUS DER LAUFENDEN ARBEIT

Fair Teilen statt Sozial Spalten

Aufruf zu einer politischen Zeitansage auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen aus globalen Krisen. Trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten über zwei Jahrzehnte leben 2,6 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Die Preise für Lebensmittel, Öl und andere Rohstoffe explodieren. Auf allen Kontinenten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Menschen werden aus ihrer Heimat vertrieben, Hunderttausende sterben in kleinen und großen Kriegen. Das Erdklima wird wärmer, Natur wird zerstört. Arten sterben aus. Die Belastbarkeit des Planeten stößt an ihre Grenzen. Diese globalen Krisen sind keine Naturereignisse. Sie sind die Folgen von Entscheidungen, die Menschen getroffen oder versäumt haben. Deshalb fordern diese Krisen uns als Christinnen und Christen heraus. Wir engagieren uns in unterschiedlicher Form für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Und wir werden nicht zulassen, dass Mensch und Natur weltweit wirtschaftlichen und politischen Machtinteressen geopfert werden. Denn wir wissen aus unserem Engagement: Eine andere Welt ist möglich, wenn der Wille dazu da ist.

Armes reiches Land

„Tiefe Risse gehen durch unser Land“, beklagten die Kirchen in ihrem Wirtschafts- und Sozialwort von 1997. Seither ist dieses Land viel reicher geworden - aber die Risse in der Gesellschaft noch viel tiefer. Die Renditen der Kapitaleigner und die Spitzengehälter sind stark angestiegen. Doch Millionen Kinder wachsen in Armut und ohne Chancen auf. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten Billiglöhne. In Kindergärten, Schulen, in Krankenhäusern und an Universitäten entscheidet immer öfter der Geldbeutel über die Lebenschancen. Sinkende Einkommen setzen vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern unter Druck. Im Land des Exportweltmeisters verfällt der Wert der Erwerbsarbeit dramatisch. Geringfügige Beschäftigung, zumeist von Frauen erbracht, schafft keine soziale Sicherheit. Mehr als eine



Million Vollzeitbeschäftigte müssen staatliche Zuschüsse beantragen, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Befristete Arbeitsverhältnisse schaffen ein neues Nomadentum und verbauen eine verlässliche Lebensplanung. Zeit- und Leiharbeit boomen. In den Belegschaften stehen immer mehr ungesicherte Arbeitskräfte immer weniger Stammkräften gegenüber und werden gegeneinander ausgespielt. Und Migrantinnen und Migranten werden nur geduldet, wenn sie der Wirtschaft dienen. Ansonsten sollen sie draußen bleiben.

Die Gesellschaft ist tief gespalten: Ein Viertel der Menschen ist von Armut bedroht. Millionen werden faktisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Der Mittelstand schrumpft und fürchtet den Abstieg. Umgekehrt verabschieden sich viele Reiche von der Gesellschaft. Sie vermehren ihr Vermögen, ohne viel zu einem gerechten Gemeinwesen beizutragen. Kurzum: Das Versprechen des Wohlstands für Alle der Sozialen Marktwirtschaft ist gebrochen.

Die Verantwortung der Politik

Diese soziale Zerrüttung ist kein Naturereignis. Sie ist maßgeblich politisch verschuldet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten folgt die deutsche Politik wirtschaftsliberalen Parolen. Sie hat die Unternehmen von Steuern und Abgaben entlastet, den Arbeitsmarkt liberalisiert und viele staatliche Dienste privatisiert - bis hin zur Altersvorsorge und zum Gesundheitssystem. Diese Politik setzt die Menschen der wirtschaftlichen Konkurrenz ungeschützt aus: Der Stärkere siegt, die Schwächeren bleiben auf der Strecke. Eine Gesellschaft, in der nach christlich-jüdischen Maßstäben von Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität einer des anderen Last trägt, ist in weite Ferne gerückt. Gleichzeitig fehlt der politische Wille, neue Arbeitsplätze zu fördern und mehr in Bildung und andere soziale Dienste zu investieren. Der private Reichtum wächst - die öffentliche Armut auch.

Weltweit läuft die gleiche Entwicklung. Seit den 1980er Jahren hat die Politik den Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital dem freien Markt überlassen. Gerade die armen Länder wurden gezwungen, unkontrollierte Auslandsinvestitionen und subventionierte Agrarprodukte ins Land zu lassen, soziale Abgaben zu senken und ihre sozialen Dienste zu privatisieren. Jetzt beherrschen globale Konzerne und

Finanzinvestoren die Welt. Mit der Globalisierung der Wirtschaft beginnt sich in einigen Schwellenländern ein Mittelstand zu entwickeln. Dennoch sind die sozialen Gegensätze noch größer geworden: in den reichen Industrieländern, zwischen Wohlstandsländern und vielen Ländern des Südens und auch in den Ländern des Südens und Ostens.

Die Globalisierung verbreitet die Wachstums-wirtschaft der Industriestaaten mit ihrem ungeheuren Ressourcenverbrauch in jede Ecke der Erde. Die Eliten im Süden kopieren den Norden. Alle Menschen auf der Erde wollen so leben, wie die Reichen leben, wozu sie so lange das Recht haben, wie die Reichen sich dieses Recht nehmen. Doch das herrschende Wachstums-system stößt an die Grenzen des Planeten: ökologisch und sozial. Ökologisch, weil das globale Wirtschaftswachstum die Natur immer rasanter zerstört. Sozial, weil die steigenden Preise für Rohstoffe und Lebensmittel überall zuerst die Armen treffen. Ein simples „Weiter so“ auf dem Weg der Globalisierung ist keine Lösung. Der Neoliberalismus ist am Ende. Deshalb sind wir gefordert, Auswege und Alternativen einzubringen. Was ansteht, ist nicht weniger als eine soziale und ökologische Revolution; ein Neubeginn, der uns ein gerechtes und soziales Leben erst ermöglicht.

Das Kamel und das Nadelöhr

Zu diesen Entwicklungen können und wollen wir als Christinnen und Christen nicht schweigen. Die ethische Grundorientierung unseres Glaubens ist „Gottes vorrangige Option für die Armen und Ausgegrenzten“, wie es auch im Wirtschafts- und Sozialwort heißt. In einer Zeit, in der die Schöpfung bedroht ist und in der Armut ebenso wächst wie privater Reichtum, brauchen wir eine Ökonomie, die sich an den ethischen Leitbildern der Bibel ausrichtet: Gerechtigkeit, Teilen, Bewahrung der Schöpfung - denn es ist genug für alle da. Möglich werden solche Strategien nur, wenn unbequeme Themen wie Reichtum, Wirtschaftswachstum, Macht und Eigentum nicht weiter tabuisiert werden. „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt“ (Mk 10,25). So radikal formuliert die Bibel ihre Kritik an den Reichen. Damit wird der Reichtum nicht einfach verteu-felt. Es wird klar unterschieden: Reichtum, der



zum Wohlstand aller beiträgt und mit den Armen geteilt wird, ist ein Segen. Reichtum, der nicht mit den Armen geteilt wird oder durch Beugung des Rechts und durch unfairen Handel erzielt wurde, ist ein Fluch. So ist das Kamel für uns das provokative Symbol für eine gerechte Umverteilung von Reichtum zu Gunsten der Armen. Schließlich leben wir nicht nur in einem reichen Land, sondern in einer reichen Welt. Eine Welt, in der das Teilen des Reichtums zur Grundlage des Überlebens wird, kennt sicherlich auch Kamele, die durch Nadelöhre gehen. So bedeutet uns das Kamel nicht nur ein Zeichen der Mahnung. Für uns ist es auch ein Hoffnungssymbol für ein Leben aus der Erinnerung an Gleichheit und Teilen (Lk 4,18; Lk 19,8; Apg 4,35) und der biblischen Vision eines Lebens aus der Hoffnung auf das Festmahl der Befreiten (Offb 21).

So ermutigt uns das Wirtschafts- und Sozialwort und schärft unseren Blick, Heil und Erlösung in den gesellschaftlichen Konflikten und Spaltungen unserer Zeit zu suchen, wenn es dort heißt: wir „können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das alltägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben. Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen (...) erwächst.“

Das Engagement für eine Welt des Teilens und für eine Wirtschaftsweise, die die Schöpfung bewahrt, ist Verpflichtung für jeden von uns. Doch so notwendig und wertvoll das Engagement der Einzelnen ist - es kann globale Probleme alleine nicht lösen. Dazu braucht es politisches Engagement für Regeln, Anreize und Gesetze, die alle gleichermaßen binden. Von den Kirchen erwarten wir beides: das Engagement in den Gemeinden und den Mut zu prophetischer Provokation. Wer sonst soll das gerechte Teilen, den fairen Umgang mit ihren Beschäftigten und den bewahrenden Umgang mit den Ressourcen vorleben, wenn nicht die Kirchen, die diese Ziele predigen? Wer sonst könnte die prophetische Kraft haben, um jene unbequemen Fragen über eine gerechte Zukunft für alle Menschen an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu stellen, wenn nicht die Kirchen?

Die große Chance:

Der ökumenische Kirchentag

Für diese prophetische Zeitansage bietet sich den Christinnen und Christen eine große Chance: der ökumenische Kirchentag in München im Jahr 2010. Die Kirchen des Südens fordern uns in den Kirchen des Nordens schon lange zu Konsequenzen aus den globalen Krisen auf. Deshalb gilt es jetzt, die unbequemen Fragen zum Thema zu machen, die von breiten Kreisen in Politik und Gesellschaft gerne ausgespart werden: jene nach einer gerechten Verteilung des Reichtums, nach einer gerechten Teilhabe aller an wirtschaftlicher und politischer Macht und nach einem Wirtschaftssystem jenseits des unbegrenzten Wachstums. Hier gilt es, die Politikerinnen und Politiker zur Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen zu bewegen, statt sie kurz einfliegen, reden und Beifall abholen zu lassen. Katholiken- und Kirchentage waren immer ein Forum der breiten Debatte und Kristallisationspunkte sozialer Bewegungen. In den vergangenen Jahren wurden sie jedoch vermehrt zu Showbühnen, in denen Ausgewogenheit vorherrscht und kontroverse Positionen die Ausnahme blieben.

Wir wünschen uns einen Ökumenischen Kirchentag, auf dem klare Forderungen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich und für die Bewahrung der Schöpfung offen diskutiert werden – ohne falsche Rücksicht auf politische Ausgewogenheit und gesellschaftliche, aber auch kirchliche Machtstrukturen. Krisen eröffnen auch Chancen. Aber nur dann, wenn mutig und ohne Tabus über neue Wege und Strategien diskutiert wird. Wir wollen, dass unsere Kirchen dabei voran gehen. Deshalb stellen wir Fragen an unsere Gesellschaft, und auch an unsere Kirchen als Institution. In die Diskussionen auf dem Kirchentag wollen wir gemeinsam mit folgenden zentralen Forderungen eintreten:

1. Soziale Sicherheit für Alle

Die sozialen Sicherungssysteme müssen allen Menschen ein Leben in Würde mit und ohne Erwerbsarbeit ermöglichen: garantierte Mindestlöhne, mehr Kindergeld und eine armutsfeste Grundsicherung sind wichtige Grundelemente, um Armut in jedem Alter und in jeder Lebenssituation zu



verhindern. Gesundheit, gute Ernährung und menschenwürdige Pflege sind unteilbare Rechte, zu denen jeder und jede gleichen Zugang haben muss, unabhängig von Geldbeutel und Bildung.

2. *Fair beteiligen*

Alle Menschen müssen die Chance erhalten, sich in dieser Gesellschaft zu verwirklichen und an ihren Entscheidungen und an ihrem Reichtum teilzuhaben. Dies erfordert ein Bildungssystem, das alle Schülerinnen und Schüler möglichst frühzeitig fördert und nicht auf Auslese und Elitebildung setzt. Gute Bildung muss mehr sein als Ausbildung und ein Leben lang für alle gebührenfrei zugänglich sein. Im Arbeitsleben gilt es, neue Formen des Teilens von Arbeit zu entwickeln: zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Beruf und Familie, Ruhestand und Beruf und zwischen verschiedenen Formen von Arbeit. Zudem erfordert die verstärkte Macht der Kapitaleigner einen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.

3. *Fair teilen*

Soziale Sicherheit und gleiche Lebenschancen brauchen mehr Investitionen in den Sozialstaat und in öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Busse und Bahnen. Das können wir nur finanzieren, wenn die, die höhere Lasten tragen können, auch verbindlich einen höheren Beitrag leisten. Beiträge für die Sozialversicherungen sollten künftig nicht nur auf Löhne und Gehälter, sondern auch auf Zinsen, Börsenerträge, Gewinne und Mieteinkünfte erhoben werden. Das Steuersystem wird erst gerecht, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen und Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Kapitalerträge und Erbschaften gerecht besteuert und wieder eine Steuer auf Vermögen eingeführt wird. Eigentum muss wieder sozialpflichtig werden, wie es das Grundgesetz fordert.

4. *Die Globalisierung friedlich, sozial und ökologisch steuern*

Der Weltmarkt kann erst gerecht werden, wenn die reichen Länder ihre Privilegien in

der Welthandelsorganisation, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds aufgeben. Die Exportsubventionen müssen gestrichen werden und die armen Länder ihre Märkte vor Billigimporten schützen können. Transnationale Konzerne müssen verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards einhalten. Finanzmärkte brauchen Regulierung und Kontrolle: durch die Schließung von Steueroasen, durch eine Finanzumsatzsteuer, durch eine Risikohaftung für Spekulanten.

Das international verbindliche Ziel, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Entwicklungs-Zusammenarbeit zu investieren, um die Armut zu bekämpfen, sollte in einer Welt, in der jedes Jahr 1.200 Milliarden US-Dollar für Waffen zur Verfügung stehen, kein Problem sein. Knappe natürliche Ressourcen müssen fair geteilt werden, statt den Zugang zu ihnen militärisch zu sichern oder zu erkämpfen.

5. *Ökologisch wirtschaften und das Klima schützen*

Eine ökologische Wirtschaftsweise, die das Klima schützt, erfordert mehr als Energiesparlampen und Absichtserklärungen zur Einsparung von Treibhausgasen. Das fossile und atomare Industriesystem muss konsequent in eine energieeffiziente solare Dienstleistungswirtschaft umgebaut, die Energieversorgung der reichen Länder bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden.

Die Unternehmen sind dann Teil einer Kreislaufwirtschaft, die regionale Produktion hat Vorrang vor globaler Produktion, öffentlicher Verkehr vor Individualverkehr, ökologische Landwirtschaft vor konventioneller Landwirtschaft. Dieser Wandel wird unseren Wirtschafts- und Lebensstil international verträglich machen und gute Arbeit für Millionen schaffen. International haften die reichen Länder für Klimaschäden in den armen Staaten, die vom Klimawandel stark betroffen sind, obwohl sie wenig dazu beitragen. Und die reichen Länder unterstützen den Klimaschutz in den armen Ländern - zum Beispiel durch den kostenlosen Transfer von Umwelttechnologie.



Uns allen ist klar: Der Ökumenische Kirchentag braucht Bewegung. Kirchen- und Katholikentage waren Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Diskussion zur Ächtung von Massenvernichtungswaffen, zur Überwindung der Apartheid und zur Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir wollen gemeinsam auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 soziale Bewegung für unsere Forderungen entfachen. Die Zeit ist reif: Fair teilen statt sozial spalten!

Für diesen Aufruf, an dessen Erstellung Kairos Europa beteiligt war, suchen wir nun Einzelpersonen und Organisationen als Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. Bitte senden Sie Ihre Unterschrift samt Ihres Namens bzw. Organisation, Anschrift, E-Mail-Adresse an (bitte geben Sie deutlich an, wenn Sie nicht nur als Privatperson, sondern als Organisation unterzeichnen):

*Netzwerk „ÖKT 2010“,
c/o Katholische Arbeitnehmer-Bewegung,
Bernhard-Letterhaus-Str. 26,
50670 Köln,
E-mail: kontakt@oekt-netz.de*

Bis Ende Oktober ist der Aufruf bereits von 80 kirchlichen und politischen Organisationen und von mehr als 500 Einzelpersonen unterzeichnet worden. Zu den Organisationen, die diese Erklärung unterstützen, zählen unter anderen das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, der Reformierte Bund, der Bundesvorstand Bund der Katholischen Jugend, die Evangelischen Frauen in Deutschland e.V., die Christliche Arbeiterjugend, die Christinnen und Christen bei Attac, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, die Friedensbewegung Eirene, Kairos Europa und die Ökumenische Initiative Eine Welt.



TAGUNGSANKÜNDIGUNG



kda
Kirche + Arbeit



**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
das Amt für evang. Jugendarbeit, der Kirchliche
Dienst in der Arbeitswelt, Mission EineWelt, das
Ökumenereferat im Landeskirchenamt der
Evang.-Luth. Kirche in Bayern und das öku-
menische Netzwerk Kairos Europa e.V. laden Sie
herzlich ein zur (Regional-)Konferenz

Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Schöpfung: Herausforderungen und Handlungsperspektiven nach 25 Jahren konziliarem Prozess

vom 12. Dezember 2008, 17.00 Uhr
bis 13. Dezember 2008, 17.00 Uhr

Ort:

Amt für evang. Jugendarbeit und Kirchlicher
Dienst in der Arbeitswelt,
Hummelsteiner Weg 100,
90459 Nürnberg

Auf dem Hintergrund einer sich national wie
weltweit verschärfenden Ungleichverteilung
von Einkommen und Vermögen, einer sich dra-
matisch zuspitzenden Gefährdung der natürli-
chen Lebensgrundlagen sowie der Zunahme
inner- wie zwischenstaatlicher Spannungen und
gewaltsamer Konflikte geht es der Konferenz
vor allem darum,

- die Meinungsbildung hinsichtlich der globa-
len Entwicklungen unserer Zeit zu befördern,
- neue Herausforderungen für kirchliches
Handeln zu identifizieren und entsprechende
Perspektiven zu entwickeln,

- rückblickend Erfahrungen und Erkenntnisse
aus 25 Jahren konziliarem Prozess auszutau-
schen und zu bewerten,
- die Impulse der weltweiten ökumenischen
Agenda („Wirtschaft im Dienst des Lebens/
AGAPE“, „Dekade zur Überwindung von
Gewalt/Internationale Ökumenische Frie-
denskonvokation 2011“) vorzustellen,
- konkrete Konzepte für eine „bessere Welt“
und gangbare Einzelschritte auf dem Weg
dorthin zu erörtern sowie
- zu diskutieren und ggf. zu verabreden, wel-
che Initiativen mit welchen Schwerpunkt-
setzungen in unseren Regionen sowie mit
Blick auf die Evang.-Luth. Kirche in Bayern
auf den Weg zu bringen sind.

Bitte entnehmen Sie Näheres dem untenstehen-
den Programm.

Tagungsbeitrag: € 10,-

Im Tagungsbeitrag sind die Unkosten für die
Verpflegung (Abendessen am Freitag,
Mittagessen am Samstag sowie Kaffee bzw.
Tee) enthalten. Bei der Beschaffung einer Über-
nachtungsmöglichkeit sind wir gerne behilflich;
Zuschüsse zu den Übernachtungskosten kön-
nen auf Antrag gewährt werden.

Weitere Informationen und Anmeldung

(bitte bis zum 28. November 2008) beim Amt
für evang. Jugendarbeit, Hans Schlicht, Postfach
450131, 90212 Nürnberg oder telefonisch
(0911/4304-272), per Fax (0911/4304-219)
oder per E-mail (schlicht@ejb.de).

November 2008

13



Programmablauf

Freitag, 12.12.2008:

bis 17.00 Uhr: Anreise / Kaffee & Tee

17.00-18.30 Uhr: „Die Eine Welt im Jahr 2008:
Was jetzt nötig ist - und möglich!“:
Herausforderungen für die
Zivilgesellschaft und die Kirchen, ihre
Werke und Dienste“ -
Impulse und Anfragen
- Sven Giegold, attac/BUND/
Mitglied der Präsidialversammlung
des Deutschen Evangelischen
Kirchentages (anschließend
Nachfragen und Diskussion)

18.30-19.30 Uhr: Abendessen

19.30-21.00 Uhr: „Was schon geschieht, was jetzt
möglich scheint ...“ - leitende
VertreterInnen aus Werken und
Diensten der ELKB reagieren auf
die Impulse und Anfragen von
Sven Giegold

ab 21.00 Uhr: gemütliches Beisammensein bei
Getränken und Snacks

Samstag, 13.12.2008:

ab 08.00 Uhr: Frühstück

09.00-09.15 Uhr: Morgenandacht

09.15-10.30 Uhr: „Wirtschaft(en) im Dienst des
Lebens“ - Ergebnisse der
ökumenischen Konferenzen und
Folgerungen für die regionale
Weiterarbeit
- Prof. Dr. Ulrich Duchrow,
Kairos Europa (anschließend
Nachfragen und Diskussion)

10.30-11.00 Uhr: Kaffee- & Teepause

11.00-12.30 Uhr: „Vorschläge für eine gerechtere
Welt“/in AGs:

- Das Konzept der „ökologischen
Schulden“ als Beitrag zu mehr
Klimagerechtigkeit

Impulsreferat: Martin Gück,
Kairos Europa

- Mit J.M. Keynes aus der globalen
Finanzkrise?

Impulsreferat:
Martin Schmidt-Bredow,
Zeitbank für München

- Kontextuelle biblische Theologie
für eine gerechtere Welt

Impulsreferat: Ulrich Duchrow,
Kairos Europa

- Soziale Grundsicherungssysteme
- eine globale Herausforderung

Impulsreferat: Mechthild Schirmer,
Brot für die Welt

- „Fair und gerecht“: die Finanzanla-
gen der ELKB - Modell für andere?

Impulsreferat: Pfr. Christoph Flad,
Landeskirchenamt der ELKB

12.30-13.30 Uhr: Mittagessen

13.30-15.00 Uhr: „Strategien für und konkrete
Schritte in eine gerechtere Welt“,
in AGs (Fortsetzung der AGs vom
Vormittag, nun mit handlungsbe-
zogenem Schwerpunkt)

15.00-15.30 Uhr: Kaffee- & Teepause

15.30-17.00 Uhr: Schlussplenum:

- AG-Berichte und Bewertungen
zu „Vorschlägen und Schritten
für eine gerechte Welt“
- Verabredungen bezüglich der
Weiterarbeit in der ELKB
- Tagungsresümee

17.00 Uhr: Ende der Regionalkonferenz
und Abreise



Ein klares Ja und ein klares Nein

von Michael Hanfstängl

„Die Zeit ist erfüllt, und das Reich Gottes ist herbeigekommen. Tut Buße und glaubt an das Evangelium!“ Das sind die ersten Worte, die im Markusevangelium von Jesus überliefert werden (Mk 1,15). Diese Kurzpredigt Jesu ist Zusage und Provokation zugleich. Es kann nicht alles beim Alten bleiben. Wer sein Leben von Jesu Verheißung bestimmen lässt, dass das Reich Gottes mit ihm bereits herbeigekommen ist, bekommt ein neues Koordinaten-System: Was wirklich zählt, ist, dass Gott uns Menschen bedingungslos liebt, unsere Schuld vergibt und uns in seine Gemeinschaft ruft. Gott setzt uns in Bewegung. Er treibt uns zum Aufbruch. „Folgt mir nach; ich will euch zu Menschenfischern machen!“ (Mk 1,17).

Das sind die nächsten Worte Jesu im Markusevangelium: kurz und prägnant - eine Zumutung an die beiden Fischer Simon und Andreas, die ihren Alltag durcheinander bringt, weil es Wichtigeres gibt, als ein paar Fische zu fangen oder kaputte Netze zu flicken.

Es gibt Zeiten, in denen die gewohnten Verhaltensmuster nicht mehr tragen und die Koordinaten durcheinander geraten. Zeiten des Aufbruchs. Das Jahr 1989 mit dem ungeahnten gesellschaftlichen Umbruch in der früheren DDR gehört sicher in die Reihe dieser Zeitenwenden. Die ersten Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ebenso. 1948, also genau vor 60 Jahren, kamen Christen verschiedener Konfessionen in Amsterdam zusammen, um den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) zu gründen. Ihre Botschaft „An die Christenheit der Welt“ ist einer der eindrucklichsten Texte der jüngeren Kirchengeschichte, besonders wenn man das auf grobem, vergilbtem Papier gedruckte Heft in Händen hält, das in Bethel „unter Zulassung Nr. 133 der Militärregierung“ veröffentlicht wurde. Gemeinsam bekennen die Delegierten: „Wir sind voneinander getrennt, nicht nur in Fragen der Lehre, der Ordnung und der Überlieferung, sondern auch durch unseren sündigen Stolz: Nationalstolz, Klassenstolz, Rassenstolz. Aber Christus hat uns zu Seinem Eigentum gemacht und in Ihm ist keine Zertrennung. Wo wir ihn suchen, finden wir einander.“

Die erschütternde Lage nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Anlass zur Selbstkritik: „Millionen von Menschen leiden Hunger, Millionen sind ohne Obdach, ohne Heimat, ohne Hoffnung, und über der gesamten Menschheit hängt die Drohung des totalen Krieges. Wir selber haben unseren Anteil an der Schuld dieser Welt. ... Wie oft haben wir versucht, Gott und dem Mammon zu dienen, wie oft haben wir über die Bindung an Christus andere Bindungen gestellt. Wir haben die frohe Botschaft verfälscht, indem wir sie mit unseren eigenen wirtschaftlichen, völkischen und rassischen Interessen gleichsetzten. ... Die Welt [hat] aus unserem Munde statt des Wortes Gottes oft nur Menschenworte vernommen. ... Wir müssen uns selber und alle Menschen daran erinnern, dass Gott die Gewaltigen vom Stuhl gestoßen und die Demütigen und Sanftmütigen erhoben hat. Wir müssen wieder aufs neue miteinander lernen, mutig im Namen Christi zu unseren Völkern zu sprechen und zu denen, die Macht über sie haben. Wir müssen lernen, dem Terror, der Grausamkeit, dem Rassenhass zu widerstehen, dem Ausgestoßenen, dem Gefangenen, dem Flüchtling zur Seite zu sein und die Kirche überall zum Munde zu machen für die Stummen, und zur Heimat, in der jeder ein Zuhause finden kann.“ Zeiten der Entbehrung, des Scheiterns und des Zusammenbruchs des bislang unhinterfragten Selbstverständlichen können Zeiten der Gnade sein, die den Blick weiten und neue Klarheit schenken. „Wir wollen Gott bitten, dass er uns miteinander lehre, ein echtes Nein und ein echtes Ja zu sprechen:

Ein Nein zu allem, was der Liebe Christi zuwider ist, zu jedem System, zu jedem Programm, zu jedem Menschen, die einen Menschenbruder behandeln, als wäre er nicht Gottes Geschöpf, sondern ein Stück Ware, das man ausnutzen kann; ein Nein zu denen, die im Namen der Ordnung das Unrecht zu Recht machen, zu denen, die die Saat des Krieges säen und zu denen, die uns auffordern, ihn als unvermeidliches Schicksal hinzunehmen.

Ein Ja zu allem, was mit der Liebe Christi zusammenstimmt, zu allen Menschen, die das Recht aufrichten, zu allen, die in der Welt einen echten Frieden schaffen möchten, zu allen, die um des Menschen willen hoffen, kämpfen und



leiden; ein Ja zu allen denen, die - selbst ohne es zu wissen - sich ausstrecken nach einem neuen Himmel und einer neuen Erde, in welchen Gerechtigkeit wohnt."

Aus Sackgassen umkehren

Trümmerfrauen, Vertriebene, Hungernde und unbelehrbare Nazis damals 1948 - Klimawandel, Finanzkrise, Entsolidarisierung und neue Hungersnöte heute. Stehen wir in einer neuen Zeitenwende? Haben wir die Chance, über das bislang Selbstverständliche hinaus zu blicken, das eigentlich schon längst brüchig geworden ist? Wie konkretisiert sich Jesu Ruf in die Nachfolge heute: „Tut Buße und glaubt an das Evangelium“? Nicht nur für jeden einzelnen, sondern auch für unsere Gesellschaft, für unser Modell von Zivilisation?

Passend zur Frankfurter Buchmesse erschien eine „prophetische Provokation“, so die Direktorin von Brot für die Welt, Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel. Sie fordert einen „radikalen Wandel“ für die Konsumgesellschaften des Nordens: „von einer Ökonomie der Maßlosigkeit zu einer Ökonomie des Genug.“ Die gemeinsam von Brot für die Welt, Evangelischem Entwicklungsdienst EED und dem Bund für Umwelt und Naturschutz BUND herausgegebene Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie trägt den Titel: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. In der gemeinsamen Presseerklärung fordern die drei Herausgeber einen „Zivilisationswandel“: „Nicht nur die Finanzwelt lebt schon viel zu lange über ihre Verhältnisse. Dass 2007 so viel Kohlendioxid freigesetzt wurde wie noch nie und das Artensterben rasant voran schreitet, sind Belege dafür, dass wir über unsere Verhältnisse leben und die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit des Planeten überschreiten. Wie kann angesichts dieser Herausforderungen ein Kurswechsel gelingen, ein Umbau von Produktions- und Konsummustern, der eine zukunftsfähige Entwicklung einleitet?“

Die Studie will eine breite gesellschaftliche Suchbewegung in Gang setzen und sich „gerade auch mit jenen Interessengruppen“ auseinandersetzen, so Pfarrerin Füllkrug-Weitzel, „die nach wie vor auf eine Strategie des ‚Weiter so‘ setzen.“

Da viele die Forderung nach einem Strukturwandel „als Bedrohung des mühsam Errungenen“ erleben, komme es darauf an, Alternativen positiv zu besetzen: „Gut leben statt viel haben!“ Jenseits der Pseudo-bedürfnisse, die uns die Werbung vorgaukelt, „der Fülle des Lebens“ auf die Spur kommen, ohne die Armut schön zu reden: „Nicht der Besitz von Gütern ist es, der uns ein erfülltes Leben schenkt. Nach biblischem Zeugnis erwirbt ein Leben in Fülle, wer Schätze bei Gott sammelt - durch die Liebe zu Gott und zum Nächsten, das heißt durch Taten der Barmherzigkeit, der Gerechtigkeit und des Friedens - durch Teilen und rücksichtsvollen Umgang mit den Mitgeschöpfen einschließlich der Umwelt.“

Pfarrer Michael Hanfstängl ist Direktor des Evang.-Luth. Missionswerkes in Leipzig.



SPENDENAUFRAF

Heidelberg, im Oktober 2008

**Liebe Mitglieder, Förderer,
Unterstützerinnen und Unterstützer
von Kairos Europa,**

in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzkrise lässt sich bei aller Bescheidenheit sagen: Wenn es uns nicht gäbe, müsste man uns jetzt neu erfinden. Wir haben seit langem (1994) vor den Folgen der spekulativen Finanzmärkte gewarnt und wir haben vor allem viele Bündnisse zwischen Kirchen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften geschmiedet, die längst begonnen haben, an Alternativen zu arbeiten, am bekanntesten Attac Deutschland und das Ökumenische Netz in Deutschland. Vor allem haben wir die Stimme des Südens und der weltweiten Ökumene - auch gegen Widerstände hierzulande - zu Gehör zu bringen versucht. Zurzeit sind wir die Einzigen in Deutschland, die das Thema der ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Süden anpacken, zu dem der Ökumenische Rat der Kirchen aufgerufen hat. Wir gehören zu den wenigen noch unabhängigen Basisorganisationen.

Das hat seinen Preis. Die nachhaltig wirksamste Folge unserer kritischen Arbeit war der Verlust der Unterstützung durch die Europäische Union, die wir zwölf Jahre erhalten hatten. Aber auch Kirchen und Hilfswerke kürzen fortlaufend ihre Beiträge oder stellen sie ganz ein. Wir sind denen, die das nicht tun, umso dankbarer. Wir haben uns sehr darum bemüht, neue Quellen

zu erschließen. Das ist uns auch gelungen, aber noch nicht ausreichend. Ab 2010 haben wir wahrscheinlich wieder bessere Aussichten, da uns eine Stiftung eine institutionelle Förderung in Aussicht gestellt hat. Zuvor müssen wir aber in jedem Fall 2008 und 2009 über die Runden kommen. In diesem Jahr werden wir wieder mit ca. 10.000 bis 15.000 € Defizit abschließen - wenn nicht mit Eurer Hilfe ein kleines Wunder geschieht.

Als Erstes hat unsere Mitgliederversammlung beschlossen, den Mindestmitgliedsbeitrag ab nächstem Jahr von 10 auf 20 € zu erhöhen. 10 € kostet bereits der Druck und Versand der Rundbriefe. Aber auch 20 € sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Natürlich wären wir auch sehr froh, wenn diejenigen, welche mehr als den Mindestbeitrag zahlen, ihren Beitrag erhöhen könnten. Aber auch dann noch wären wir für eine Sonderspende zum Jahresende sehr, sehr dankbar, um mit einem möglichst kleinen Defizit oder gar keinem abschließen zu können.

Da wir im nächsten Jahr das Postbankkonto schließen werden, weil diese von der Deutschen Bank übernommen wird, bitten wir um Überweisung auf unser Konto:

**Kairos Europa Deutschland e.V.,
GLS-Bank, BLZ 430 609 67,
Konto-Nr. 8040242000.**

Mit sehr herzlichem Dank im Voraus grüßt im
Namen des Vorstandes

Ulrich Duchrow

IMPRESSUM

Der Rundbrief wird herausgegeben von KAIROS Europa Deutschland e.V.,
Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221 716005, Fax: 06221 716006,
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

Bankverbindung: KAIROS Europa Deutschland e.V., GLS Bank, Konto-Nummer: 8040242000, BLZ 430 609 67
Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und FreundInnen von KAIROS Europa.
Auflage: 400 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck und Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

